

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 39/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Horst Seefeld MdB/MdEP,  
Obmann der SPD-Abgeordneten  
in der Sozialistischen  
Fraktion des Europäischen  
Parlaments, fordert bessere  
Arbeitsmöglichkeiten  
für Journalisten: Arbeits-  
rythmus und Themengestal-  
tung des Parlaments sind  
zu ändern.

Seite 1/2

Christa Randzio-Plath kom-  
mentiert das Ergebnis der  
Frauenkonferenz in Kopen-  
hagen: Gelegenheiten  
verpaßt?

Seite 3/4

Lothar Schwartz zum Um-  
gang Rainer Barzels mit  
der innerdeutschen Wahr-  
heit: Gewichts- und Ge-  
sichtsverlust.

Seite 5

Dokumentation  
Innere Sicherheit und  
Rechtsstaat (Teil IV)

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 812-1

35. Jahrgang / 146

4. August 1980

### Das Europäische Parlament und die Presse

Arbeitsrythmus und Themengestaltung des Parlaments sind zu ändern

Von Horst Seefeld MdB/MdEP  
Obmann der SPD-Abgeordneten in der Sozialistischen Fraktion  
des Europäischen Parlaments

Bei der konstituierenden Sitzung des erstmals direkt gewählten Europäischen Parlaments drängten sich in der Vergangenheit rund 800 Journalisten aus allen neun EG-Ländern und auch aus zahlreichen nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Staaten im Straßburger Europahaus. Eine breite Öffentlichkeit wurde über das erste Zusammentreffen der neuen Europaparlamentarier ausführlich unterrichtet. Altgediente Parlamentsmitglieder strahlten - das gab's noch nie! Immerhin war der Wahlkampf damals nicht überall auf Hochtouren gelaufen und zum Teil auch nur als notwendige Pflichtübung absolviert worden.

Umso erfreuter nahm man zur Kenntnis, daß bei den Medien das Interesse offensichtlich geweckt war. Es stellte sich die Frage: War es nur der Reiz des Neuen oder sollte Europa tatsächlich seinen festen Platz im Blätterwald, auf der Mattscheibe oder im Rundfunk haben? Der Anfang jedenfalls war gut.

Inzwischen hat die Zahl der bei den weiteren Plenartagungen anwesenden Journalisten erheblich nachgelassen. Dies war



zu erwarten. Trotzdem muß ernsthaft erörtert werden, ob das Europäische Parlament durch seinen Arbeitsrhythmus und seine Themengestaltung sowie durch den Willen, politische Probleme anzupacken und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, von sich aus Journalisten animiert, die Reise nach Straßburg anzutreten. Denn manche die nicht kommen, kommen nicht, weil sie die Notwendigkeit der Berichterstattung über die Arbeit des EG-Parlaments verneinen.

Das Parlament, und um korrekt zu sein, seine Parlamentarier, haben einen für uns Deutsche unverständlichen Drang, alles im Plenum am Beginn einer Plenarwoche festzulegen. Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages einigt sich auf eine Tagesordnung und die deutsche Öffentlichkeit - und somit auch die Presse - weiß welche Themen in welcher Reihenfolge im Plenum an welchem Tag behandelt werden.

Anders das Europäische Parlament. Da vergeht viel Zeit am Montag einer Plenarwoche, weil Abgeordnete fast aller Fraktionen aus verschiedenen Gründen jeweils Vordebatten führen und über Terminverschiebungen feilschen. Die vom Präsidium festgelegte Tagesordnung wird umgeworfen und Kommissare müssen mit ihren aus Brüssel nach Straßburg angereisten Kommissionsbeamten alle Zeitüberlegungen genau so umdisponieren, wie die Öffentlichkeit und die Journalisten. Fernsehzeiten müssen geändert werden, weil wichtige politische Themen von den presseträchtigen Vormittagen bisweilen in die Abend- oder Nachtstunden verlagert werden.

So fiel denn mancher gutgemeinte vorgeplante Fernsehbeitrag aus - er konnte von den Fernsehteams nicht mehr rechtzeitig aufgenommen und in die Sendezentrale überspielt werden. Am nächsten Tag gibt es bekanntlich neue Themen und was gestern war, ist eben vorbei. Das Parlament bringt sich oft durch eigene Dummheit um eine Darstellung seiner Arbeit in den Medien. Denn auch schreibende Journalisten haben nicht immer genug Zeit, um eine Woche lang in Straßburg abzusetzen. Die kennen die zuvor veröffentlichte Tagesordnung und suchen sich die für sie interessanten Themen heraus. Wenn sie dann am Ort der Plenartagung eintreffen, kann ihnen passieren, daß "ihr Thema" abgesetzt, vorverlegt oder verschoben ist. Die Verärgerung dieser Journalisten ist verständlich. Manche kommen nicht wieder und es bleibt - vielleicht - ein Vorurteil gegenüber dem Europäischen Parlament zurück.

Ich möchte klar herausstellen: Wer über mangelndes Interesse der Journalisten klagt, muß den Fehler bei sich selbst suchen. Das Europäische Parlament muß zu Beginn des zweiten Jahres nach der Direktwahl seinen Arbeitsstil in mancherlei Hinsicht überprüfen und verändern. Eine pressefreundliche Gestaltung des Arbeitsablaufes hat dabei einen besonderen Vorrang.

(-/4.8.1980/ks/ca)



Gelegenheiten verpaßt ?

Zum Abschluß der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Die Bundesrepublik Deutschland zählte zu den siebzehn UNO-Staaten mit einer männlich geführten Delegation zur Weltfrauenkonferenz und zu den zehn Staaten (von 52), die das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau von einem Mann unterzeichnen ließen. Wieder einmal wurde deutlich, was bereits die Kandidatenaufstellungen zur Wahl des Bundestages unter Beweis gestellt haben: Wir sind von einer politischen Gleichstellung der Frau im Gegensatz zum Gastgeberland Dänemark weit entfernt. Weltfrauenkonferenz-Präsidentin Lise Østergaard ist nur eine der drei Ministerinnen, in der dänischen Delegation saßen auch einige der Parlamentarierinnen, die in Dänemarks Parlament immerhin einen Anteil von 23,4 Prozent haben, und die Vorsitzende des dänischen Gleichberechtigungsrates, der dem Ministerpräsidenten zugeordnet ist.

Die Frauen bei uns fragen sich: Was bringt - außer Regierungserklärungen - eine Weltfrauenkonferenz eigentlich? Die Weltfrauenkonferenz hat uns Europäerinnen für die viel größeren Probleme der Armut und des Hungers, der Arbeitslosigkeit und des Elends der Frauen in der Dritten Welt die Augen geöffnet. Es wurde klar, daß ganz anderen Frauenprobleme die Mehrheit der Weltbevölkerung bewegen als direkte Probleme der Gleichberechtigung. Dennoch war die Bestandsaufnahme zur Mitte des Frauenjahrzehnts der UNO und eine Kontrolle der Regierungen auch für unsere eigene Situation wichtig; denn die wenigen Fortschritte zur Gleichberechtigung der Frau sind in der Regel rechtlicher Art. Und das sagt nach den Maßstäben der UNO noch nicht genug über den Stand der Gleichberechtigung in einem Land aus. Daher müssen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland darauf dringen, daß bei uns mehr als Gesetzesformen in Gang gebracht werden.

Der Weltaktionsplan und die Frauenkonvention verlangen, daß Regierungen beispielsweise im Bereich Arbeitswelt konkrete Frauenförderungspläne entwickeln. Diskriminierende rechtliche Maßnahmen gelten nach dieser Konvention als zulässig, wenn sie Frauen kurzfristig begünstigen, damit die de-facto-Gleichstellung besser und schneller erreicht werden kann. Somit wäre auch die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ständig geforderte Quotierung von Ausbildungsplätzen oder die frauenfreundlichen Auflagen bei der Vergabe von Subventionen zulässig.



Neugierig werden alle Frauen auf die Anti-Diskriminierungs-Kommission bei den Vereinten Nationen sein, die darüber wachen soll, wie die einzelnen Mitgliedstaaten die Gleichberechtigung fördern. Ihre Einrichtung verdeutlichte ein Stellenwert der Frauenfrage bei den Vereinten Nationen. Die UNO gibt praktisch keinen Pfennig für die Arbeit dieser Kommission aus - diejenigen Länder, die das Übereinkommen ratifiziert haben und damit zu einer Mitgliedschaft in der Kommission berechtigt sind, finanzieren die Arbeit ihrer Delegierten.

Die Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen war aber nicht nur ein "Jahrmarkt politischer Starlets" von Leilah Kahled bis Frau Pinochet wie "Le Monde" schrieb. Kopenhagen zählte rund 5.000 Frauen aus aller Welt, die "inoffiziell" in der Kopenhagener Universität die gleichen Fragen wie die Regierungsdelegationen erörterten. Nur anders. Und trotz aller berechtigter Zweifel an der Repräsentanz der Teilnehmerinnen für die Frauen aus allen Ländern der Welt - wer kann sich schon einen vierzehntägigen Kopenhagen-Aufenthalt zeitlich und finanziell leisten? - die Probleme der Frauen wurden zu Problemen aller Frauen. Frauen hörten Frauen intensiv zu. Vorschläge wurden erarbeitet. Erfahrungsaustausch fand statt. Und ein gemeinsames Lernen und Demonstrieren - von morgens bis abends. Die Afrikanerinnen belehrten ihre europäischen Schwestern, daß die Klitorisbeschneidung ihre kulturelle Tradition berühre und lehnten die von Westeuropäerinnen geforderte Abschaffung dieser Sitte ab. Für sie geht es um die Durchführung dieses operativen Eingriffs in den Krankenhäusern durchzusetzen.

Die besondere Betroffenheit der Frauen als Opfer des Rassismus machte die Frauen sehr betroffen. Viele von ihnen hörten erstmals hautnah Berichte über die Situation der Frauen in der Dritten Welt. Spontan solidarisierten sich Frauen mit Frauen. Informationsstände wuchsen wie Pilze aus dem Boden - noch während der Konferenz wurden Frauen von Frauen aus zum Beispiel Bolivien oder Südafrika, der Türkei oder Chile konfrontiert - und mit ihrer eigenen Hilflosigkeit, ihnen anders als im Einzelfall helfen zu können.

Feminismus-Diskussionen gab es viele - und hier wurde wie in den Workshops zur Frauenforschung der dominierende Einfluß nordamerikanischer Feministinnen deutlich. Europäerinnen aus Ost und West beherrschten dafür die Friedensdiskussionen. Ihr Friedensmarsch, zu dem die skandinavischen Friedensfrauen aufgerufen hatten, war ein Erfolg. Dennoch stimmte gerade die friedenspolitische Diskussion nachdenklich: Die Frauen waren sich einig in dem Nein zum Wettrüsten, zu Atomwaffen, zu Mittelstreckenraketen in Europa. Wie aber können Frauen für den Frieden wirken außer durch Unterschriftensammlungen? Die finnischen Frauenverbände wollen Forderungen der Frauen für die im November stattfindende Madrider Konferenz "Sicherheit und Zusammenarbeit" (KSZE-Nachfolgekonferenz) auf einem internationalen Friedensseminar Mitte Oktober zusammentragen und den Regierungschefs unterbreiten. Die Frauen auf dem Forum gingen weiter: Am 6. August, dem Tag der Hiroshima-Bombe, sollen alle Frauen zur Sicherung des Friedens ihre Arbeit niederlegen und ihren Partnern Liebe verweigern. (-/4.8.1980/ks/ca)

+ + +



**Gewichts- und Gesichtsverlust**  
-----

Rainer Barzels Umgang mit der innerdeutschen Wahrheit

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Zugehörigkeit zur Kernmannschaft des Kandidaten Strauß hat ihren Preis. Die Unionspolitiker Leisler Kiep und Dr. Rainer Barzel bezahlen mit Anpassung an Positionen und Methoden ihres Anführers. Was dabei an Gewichts- und Gesichtsverlust bei der politischen Schlußabrechnung zu Buche schlagen wird, ist ihre ganz persönliche Angelegenheit.

Wenn aber der ehemalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Adenauers (1962/63) und von Bundeskanzler Helmut Schmidt im Februar 1980 zum Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit berufene Dr. Rainer Barzel die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung mit einer handfesten Lüge herunterzumachen versucht, dann ist eine andere Kategorie der Verantwortlichkeit gegeben. Der Vorgang kann aus parteitaktischen und persönlichen Interessenlagen zwar erklärt, aber keinesfalls entschuldigt werden.

In einer Veröffentlichung zu den geplanten Gesprächen des Bundeskanzlers mit den ersten Männern Polens und der DDR, Edward Gierek und Erich Honecker, hat Barzel am 1. August 1980 den folgenden Satz geschrieben: "Vor den Ost-Verträgen gab es qualitativ und quantitativ mehr innerdeutsche Begegnungen und Besuche als jetzt." Dies muß von einem Mann von der Erfahrung und den Informationsmöglichkeiten des Herrn Barzel wider besseres Wissen zu Papier gebracht worden sein.

Hier die Fakten, die jeder interessierte Bürger aus Veröffentlichungen des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen wissen kann:

- Der Besucherverkehr von West- nach Ostberlin und in die DDR erreichte vor 1969 nie eine Jahresquote über 100.000. Der jetzige Jahresdurchschnitt bewegt sich über drei Millionen.
- Die Besucherzahl aus der Bundesrepublik in der DDR und in Ostberlin lag 1969 bei einer guten Million. Der jetzige Jahresdurchschnitt hat sich bei einer Zahl von drei Millionen eingependelt.
- Die Zahl für die Rentnerbesuche aus der DDR in der Bundesrepublik hat sich von einer runden Million in 1969 auf einen jetzigen Jahresdurchschnitt von 1,4 Millionen erhöht.
- Im "Kleinen Grenzverkehr" - ihn gab es vor den Ostverträgen überhaupt nicht - finden jetzt im Jahresdurchschnitt 400.000 Besuche in der DDR statt.
- Reisegenehmigungen in dringenden Familienangelegenheiten wurden von der DDR vorher ebenfalls nicht erteilt. Inzwischen sind es im Jahresdurchschnitt 40.000.

Herr Barzel sollte es sich selbst schulden, dieser Wahrheit in seiner nächsten Kolumne die Ehre zu geben.  
(-/4.8.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Innere Sicherheit und Rechtsstaat

In den vergangenen Jahren gab es "Enthüllungen" über Praktiken im Bereich der Nachrichtendienste und der Polizei, die in der öffentlichen Berichterstattung und auch von vielen Bürgern unseres Landes als Skandale qualifiziert wurden. Bei der großen Zahl wichtiger politischer Entscheidungen in Bonn besteht die Gefahr, daß die vielen kleinen, aber wichtigen Verbesserungen im Bereich der Arbeit der Sicherheitsorgane vergessen werden.

folgende Zusammenstellung des Obmanns der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Bundestages, Hugo Brandt, soll eine Übersicht über das in vier Jahren in diesem Bereich Geleistete geben. (Teil IV)

7. Neufassung der Sicherheitsrichtlinien

Die bisher für die Sicherheitsüberprüfungen von Bediensteten des Bundes angewandten Verfahren bedürfen einer Erneuerung, um durch Konzentration und Entlastung die Sicherheitsüberprüfung zu intensivieren. Dies soll unter anderem zur Folge haben, daß für die meisten Betroffenen ein weniger belastendes Verfahren angewandt wird. Der Grundsatz sollte lauten, nicht mehr überprüfen als unbedingt notwendig. Im einzelnen sind vorgesehen:

- Statt bisher drei sollen nur noch zwei Überprüfungsarten gelten. Damit wird der unterschiedlichen Sicherheitsempfindlichkeit der verschiedenen Aufgabenbereiche Rechnung getragen.
- Die erweiterte Überprüfung mit Sicherheitsermittlungen wird auf Schlüsselpersonal beschränkt.
- Die Überprüfungsschwerpunkte werden auf Bedienstete der obersten Bundesbehörden verlagert.
- Die unterste Überprüfungsstelle wird vereinfacht. Dies bedeutet statt Detailüberprüfung und Sicherheitserklärung nur noch eine NADIS-Abfrage.



III. Maßnahmen in der 9. Legislaturperiode

Obgleich in der 8. Legislaturperiode wesentliche Verbesserungen im Bereich der Kontrolle der Nachrichtendienste und des Datenschutzes im Sicherheitsbereich erreicht worden sind, werden wir in der 9. Legislaturperiode sorgfältig zu prüfen haben, ob nicht noch weitere Verbesserungen notwendig sein werden. Dazu gehört zum Beispiel:

- Eine Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes mit dem Ziel der gesetzlichen Regelung der Amtshilfe des Bundesgrenzschutzes für die Nachrichtendienste unseres Landes;
- eine Überprüfung des Bundesgesetzes über den Verfassungsschutz sowie der entsprechenden Landesgesetze mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der in einigen Ländergesetzen festgelegten Mithilfe des Verfassungsschutzes bei der Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst;
- die Erarbeitung eines Gesetzes für den "Militärischen Abschirmdienst";
- eine Überprüfung der im Gesetz für die Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vorgesehenen strategischen Kontrolle.

(-/4.8.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

